



Haushalts- rede der SPD Frak- tion

29. März

2022

Haushaltsrede der SPD Fraktion
Zum Haushalt 2022

Wir gestalten Ah-
aus

Die Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt der Stadt Ahaus 2022.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Verwaltungsvorstand,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht“.

Dieses Zitat der Freifrau Marie von Ebner-Eschenbach soll heute das Motto der Haushaltsrede der SPD-Fraktion sein.

Wie sehr unsere heutigen Entscheidungen die Welt von morgen prägen, wird gerade in der jetzigen Situation immer deutlicher.

Schon seit fast 2 Jahren hat uns das Coronavirus fest im Griff und wirkt sich massiv auf alle unsere öffentlichen Entscheidungsbereiche aus, auf das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, den Verkehr, die Bildung und die Kultur, aber auch die kommunalen Haushalte und nicht zuletzt auf die Gesellschaft selbst.

Jedoch gemeinsam haben wir ein weiteres, schwieriges Pandemiejahr überwunden. Nach einem kurzen Aufatmen im Sommer hat uns die Pandemie im Herbst wieder eingeholt. Auch wenn sich die ersten Lockerungen schon abzeichnen, so befürchten wir, dass die nächste Krise auch in diesem Herbst wieder kommen wird, wenn sich nicht ausreichend Menschen impfen lassen. Dennoch möchte ich heute betonen, dass durch die gute Arbeit in der Verwaltung, der unermüdliche Einsatz im Gesundheitswesen, aber und vor allem durch den solidarischen Zusammenhalt unserer Bürgerinnen und Bürger, ein Leben mit der Pandemie möglich war.

Ein schwarzer Tag für Europa, der 24. Februar 2022, der Krieg ist zurück, Russlands Angriff auf die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts und aufs schärfste zu verurteilen. Wir alle müssen dafür kämpfen, dass der Krieg nicht auf ganz Europa übergreift und zum 3. Weltkrieg wird. Dieser Akt des Missachtens des Völkerrechts darf nicht folgenlos für Russland bleiben.

Nach ca. zehn Wachstumsjahren geriet die Wirtschaft 2020 durch die Pandemie in eine Rezession, ähnlich wie während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Das Bruttoinlandsprodukt fiel um 4,6% gegenüber dem Vorjahr, beginnt sich allerdings in 2021 mit einem Plus von 2,7% langsam wieder zu erholen. Das Finanzierungsdefizit der staatlichen Haushalte betrug 2020 158 Milliarden € (davon die Kommunen 1,98 Milliarden €), mit 4,8% Defizitquote das zweithöchste Defizit seit der Wiedervereinigung. Dies resultiert überwiegend aus Konjunkturlösungen zur Eindämmung der Pandemiefolgen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ahaus – Alstätte – Graes – Ottenstein – Wessum – Wüllen

Die Inflationsrate in Deutschland betrug im Durchschnitt in 2021 3,1%, im November und Dezember 2021 lag sie bei 5,2%, für das Jahr 2022 werden 2,2% prognostiziert, wobei die Lebensmittelpreise in 2022 um mehr als sieben Prozent ansteigen werden, was dazu führt, dass die Wirtschaftsforscher ihre Prognose für die Inflationsrate in Deutschland auf vier Prozent angehoben haben. Grund hierfür sind die stark gestiegenen Energiepreise, die Lebenshaltungskosten, die Lieferengpässe bei Roh- und Vorprodukten sowie die Rücknahme der MwSt.-Senkung im Energiebereich.

Die IHK sieht momentan 43% der Betriebe in unserer Region wieder in einer guten Gesamtlage, wobei für 71% der Unternehmen die Pandemie immer noch das höchste Geschäftsrisiko darstellt. Daneben bremst der Fachkräftemangel das Wirtschaftswachstum aus. Die Engpässe bei Vorprodukten (z.B. Chips usw.) führen zu Produktionsausfall, Staus bei der Auftragsbearbeitung und Kurzarbeit. Der allgemeine Preisanstieg mindert die Verbrauchernachfrage.

All diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich auch auf die Stadt Ahaus aus und machen auch vor unserem laufenden Haushalt 2022 nicht halt.

Gem. Haushaltseinbringungsrede des Kämmerers stellten die Auswirkungen der COVID Pandemie die Haushaltswirtschaft auch im kommunalen Bereich auf den Kopf und war nur sehr schwer zu garantieren.

Das aktuelle Rechnungsergebnis für die Gewerbesteuer im Jahr 2021 liegt trotz der COVID Pandemie bei rund 34 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau, also deutlich über dem Planansatz des Haushaltes 2021 von 25,5 Mio. €. Somit werden wir auch 2021 entgegen der Voraussage des Kämmerers, ein positives Jahresergebnis haben, mit einem Überschuss von ca. 9 Millionen €.

Also alles gut und kein Grund zur Sorge?

Ohne Schwarzmalerei zu betreiben, muss doch auf Unsicherheiten hingewiesen werden. An erster Stelle steht hier die weitere Wirtschaftsentwicklung. Die Prognose der Ertragsseite basiert wesentlich auf der Steuerschätzung vom November 2021. Mittlerweile wurde die Wachstumsprognose für das Jahr 2022 deutlich gesenkt auf zurzeit 2,1%. Letztlich bleibt für uns alle offen, wie das Wachstum durch die anhaltende Pandemie aber auch durch Lieferengpässe und Kriegsängste beeinflusst wird. Aber auch auf hauseigene Unsicherheiten muss hingewiesen werden.

Dennoch haben wir viel erreicht im ausklingenden Jahr. Bildung und Betreuung – beides zentrale Bausteine für mehr Bildungsgerechtigkeit - stellten wiederum einen großen personellen, baulichen und damit finanziellen Schwerpunkt unseres Haushaltes dar.

Hier ist an erster Stelle, das laufende Projekt, die Sanierung der Grundschulen zu nennen und der Neubau der Mensa für das Gymnasium. Die Sanierungsarbeiten sind das größte Projekt, das unsere Stadt zurzeit zu stemmen hat, neben den geplanten Projekten: Neubau der Feuer- und Rettungswache sowie des Bauhofes und der kompletten Neuplanung der Wallstraße. Allein diese Projekte binden mit den

veranschlagten Kosten, trotz verschiedener Fördermittel einen großen Teil unserer Investitionskapazitäten und zwingt uns zu einer hohen Verschuldung. Aber es handelt sich um erforderliche Neubauten, also Investitionen in die Zukunft.

Auch die Umsetzung des Rechts auf Ganztagesbetreuung für Grundschul Kinder ab 2026 wird den Fachkräftemangel verstärken und uns erneut fordern, was Umsetzung und Raumbedarf betrifft. Hier ist die Finanzierung noch nicht geklärt. Die SPD fordert hier, wie bei allen anderen Bildungsthemen, eine komplette Übernahme der Kosten von Bund und Land. Denn Bildung ist bei weitem nicht nur ein kommunales Thema und wer bestellt, soll auch bezahlen.

Neben den durchgeführten Baumaßnahmen waren aufgrund der personellen Kapazitätsgrenzen keine weiteren, größeren Bauprojekte möglich. Was nicht dem Willen des Rates entspricht, da viele Projekte die beschlossen worden sind, Projekte für die Zukunftssicherung der Stadt Ahaus sind.

Die Entscheidung für die Neugestaltung des Areals von Bauhof und Feuerwehr ist gefallen. Leider lässt alleine die Entscheidung, ob der Bauhof an anderer Stelle neu entstehen soll, unendlich lange auf sich warten. Eine Verwirklichung des gesamten Projektes ist in weite Ferne gerückt, was unserer Meinung nach nicht hingenommen werden kann, da auch die Arbeitssicherheit der Bediensteten zum Teil gefährdet ist.

Ein für die SPD sehr wichtiger Meilenstein ist die Erstellung und Verabschiedung eines zu erstellenden Masterplans „Wohnungsbau 2028“, der uns in den künftigen Jahren als Richtschnur zur städtebaulichen Entwicklung von Ahaus dienen soll. Hierbei ist vor allem die innerstädtische Verdichtung von Bedeutung, um wenig genutzte Flächen zu aktivieren und unnötigen Flächenfraß zu verhindern. Großes Gewicht hierbei hat für uns die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Um dies einfacher zu ermöglichen und uns an Mietpreisen des sozialen Wohnungsbaus orientieren zu können, fordern wir als SPD weiterhin, dass wir dazu übergehen, dass zukünftige Bauvorhaben möglichst in städtischer Bauträgerschaft erfolgen und mindestens 30% des erstellten Wohnraumes diesen Bedingungen entsprechen. Die künftige Bebauung der Neubaugebiete sollte bei ansprechender Architektur mit 30% Sozialwohnungsanteil, sozialer Durchmischung, Arztpraxis und Quartiersbildung erfolgen - genau nach dieser Konzeption -. Dazu sollten wir eine städtische Trägergesellschaft gründen.

Bleiben wir einfach beim bezahlbaren Wohnraum für Ahaus. Leider bewegen wir uns in diesem Bereich im Schneckentempo vorwärts. Seit Jahren wissen wir, dass wir dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen. Leider ist dieses nur an zwei Stellen gelungen, entsprechende Projekte umzusetzen. Das reicht leider nicht aus. Wir haben schon mehrmals den Vorschlag gemacht, dass die Verwaltung, nach Karlsruher Vorbild, den Eigentümern von ungenutztem Wohnraum unterstützend zur Seite zu steht.

Und abermals kommen wir auf das Thema Kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu sprechen. Es gibt sehr viele kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Sie alle verbindet eines, nämlich der soziale Auftrag gegenüber der Bevölkerung. Und die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ahaus – Alstätte – Graes – Ottenstein – Wessum – Wüllen

meisten von ihnen erfüllen wirtschaftlich erfolgreich ihren sozialen Auftrag. Lassen Sie uns doch einfach mal mutig sein und uns auf den Weg zu einer solchen Gesellschaft begeben.

Damit einhergehend möchten wir auch heute wieder die Verbindung von bezahlbarem Wohnraum und Menschen mit Fluchterfahrung aufgreifen. Die politische Weltlage ist zurzeit sehr angespannt. Wir alle wissen nicht, wie sich die Krise in der Ukraine entwickeln wird. Was wir jedoch wissen ist folgendes: dass, viele Menschen - im Krieg wie zurzeit - sich wieder auf den Weg in den Westen begeben, um dem Krieg zu entkommen. Aus diesem Grund müssen wir heute schon an Morgen denken und die geplante Anschlussunterbringung in Ahaus endlich vorantreiben. Wir wissen, dass solche Forderungen nicht populär sind, aber sie sind notwendig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns immer wieder auch schwierigen Situationen, wenn Menschen, egal welcher Herkunft und welchen Status sie haben, geholfen werden kann. Ich betone es auch heute wieder:

Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein Geben und Nehmen von beiden Seiten.

Meine Damen und Herren, bei den Grundstücken im gewerblichen Bereich klafft zwischen Nachfrage und Angebot eine sehr große Lücke. Bei der Veräußerung von Gewerbe- und Industriegrundstücken kommen wir leider nur sehr schleppend voran bzw. können die Interessenten zurzeit nicht bedienen, da wir keine ausreichende Zahl an Grundstücken haben. Ein Manko, was zur Folge hat, dass wir noch die eine oder andere Firma für Ahaus verlieren werden, da die Nachbarkommunen geeignete Grundstücke anbieten können.

Aber nicht nur Gewerbe- und Industriegrundstücke sind in Ahaus Mangelware. Auch der private Wohnungsbau liegt im Argen, da Grundstücke für die bauwilligen Bürgerinnen und Bürger fehlen. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen. Zudem sollten wir hier mal darüber nachdenken, ob für den bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau nicht auch subventionierte Grundstücke zur Verfügung gestellt werden können.

Kommen wir zum Megathema Digitalisierung.

Gerade in Zeiten der Pandemie zeigte sich der noch unbefriedigende Ausbau des Glasfasernetzes – vor allem für Gewerbetreibende, Beschäftigte im Homeoffice und Schülerinnen und Schüler. Die Digitalisierung der Schulen kommt zwar bei uns – auch aufgrund des Digitalpaktes – gut voran, aber hier muss in naher Zukunft noch gewaltig investiert und mit hohen Folgekosten gerechnet werden. Zudem erfordert dieser enorme Ausbau auch die Schaffung zusätzlicher Stellen im EDV-Bereich.

Auch die Stadtverwaltung treibt die Einführung der Digitalisierung und des open Governments mit der Erstellung eines Leitbildes voran. Es erscheint uns aber utopisch, dass bis Ende nächsten Jahres nach dem Online-Zugangs-Gesetz alle Verwaltungsdienstleistungen in unserer Stadt online zugänglich gemacht werden können. Es wird ein langer, personalintensiver Prozess sein, bis die Verwaltung ohne Medienbrüche digital ist.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ahaus – Alstätte – Graes – Ottenstein – Wessum – Wüllen

Die Bewertung des Haushaltes ist schwer, da noch ungewiss ist, wie sich etwa die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren entwickelt, die vom Kämmerer vorsichtig mit einer Erhöhung gegenüber 2021 eingestellt wird. Zunehmen wird der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Schlüsselzuweisungen werden wir als Stadt Ahaus auch in 2022 und 2023 nicht bekommen. Bei den Aufwendungen wird sich die Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr um rund 700.000,00 € erhöhen, obwohl der Hebesatz auf 23,7 % gesenkt wurde. Die Personalkosten werden aufgrund von Tarifierhöhungen und zusätzlichen Stellen weiter steigen und binden rund 26 % unserer Aufwendungen.

Wir müssen also über alles froh sein, was uns sichere Einnahmen beschert. Das ist so richtig, jedoch sind wir gegen die beschlossene Erhöhung der Grundsteuer und Senkung der Gewerbesteuer. Eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger ist für uns in dieser sehr schwierigen Zeit, auch unter Berücksichtigung der enormen Preissteigerungen, nicht vertretbar. Die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Abgaben ist enorm und wir sollten es nicht auf die Spitze treiben. Aus diesem Grund fordern wir die Rücknahme der Erhöhung der Grundsteuer. Gleiches gilt für den Bereich der Gebührenbedarfsberechnung, die Grundlage der Entwässerungsbedarfsrechnung ist. Diese soll nachweisen, dass mit den Entwässerungsgebühren kein Gewinn erzielt wird. Dieses ist in Ahaus leider nicht der Fall und führt zu erhöhten Kosten für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Klimakrise ist auch weiterhin akut und real. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die Ziele, welche wir uns setzen müssen und formulieren werden, umzusetzen. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten hat für uns von der SPD-Fraktion der Kampf gegen den Klimawandel weiterhin die oberste Priorität, ganz dem vorangestellten Motto „Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt morgen aussieht“.

Dieses Thema wird die nächsten Jahre nichts an Brisanz verlieren und bedarf unserer ganzen Energie, um auch zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Wir müssen weiterhin daran arbeiten, dass es nicht nur bei Vorsätzen bleibt, sondern diese in die Tat umgesetzt werden und unsere Bevölkerung dabei mitgenommen wird. Die Erstellung einer Klimaschutzstrategie bis 2028 sollte hierbei eine Priorisierung der notwendigen Maßnahmen ermöglichen.

Auch die Mobilitätswende gehört fraglos zum Thema „Klimaschutz“. Der weitere Ausbau des ÖPNV, der Einsatz eines Bürger-Stadtbusses mit einer guten Taktung, auch im Hinblick auf die Öffnungszeiten von Geschäften, Arztpraxen, Behörden etc., muss ebenfalls vorangetrieben werden. Auch die Preisgestaltung im ÖPNV, sowie die Zeittaktung muss überdacht werden. Genauso wie die Umwandlung des Bahnhofes zu einer Mobilitätsdrehscheibe gehört die Neugestaltung der Bahnhofstraße, Wessumer Straße sowie Königsstraße gleichfalls in diesen Bereich.

Bezüglich des Radwegekonzeptes der Gesamtstadt und auch eines komplettierten Verkehrskonzeptes erwarten wir von der Verwaltung Vorschläge und Ausarbeitungen im kommenden Jahr. Wir von der SPD fordern außerdem eine umgehende Umsetzung des Schlossgartenkonzeptes sowie eine bessere Integration des Schlosses und Schlossgartens in die Gesamtstadt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ahaus – Alstätte – Graes – Ottenstein – Wessum – Wüllen

Und damit sind wir schon beim Thema „Umwelt- und Naturschutz“, der auch in unserer Stadt und der Umgebung von großer Bedeutung für Mensch, Fauna und Flora ist. Bei all unseren Entscheidungen müssen wir immer die Umwelt und die Natur berücksichtigen, wie die Anlage von mehr Naherholungsgebieten im Stadtraum, die Aufwertung der Aufenthaltsräume für Bürgerinnen und Bürger, den Schutz der Grundwasserreserven durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. durch die Speicherung kostengünstigen Brauchwassers.

Auch dürfen wir den Bereich der Erinnerungskultur nicht vergessen. Wir sollten uns mit einem Projekt „Stolperschwelle“ zur Erinnerung an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter unserer Stadt in der NS-Zeit beschäftigen und auch umsetzen

Wir haben also viele Vorhaben, die wir hier im Rat der Stadt Ahaus in einem konstruktiven Miteinander zum Wohle unserer Bürgerschaft voranbringen wollen und können. Auch unseren Ahauser Bürgerinnen und Bürgern gilt unser Dank: Für das Begleiten der Kommunalpolitik, die vielfältige Mitarbeit für das Gemeinwohl, sei es in Initiativen, Vereinen, Kirchen und Projekten, im Kultur- und Sportbereich, beim Stadtmarketing, der Feuerwehr und vieles mehr. Ohne ihr ehrenamtliches Engagement wäre unser Zusammenleben ärmer und schwieriger.

Auch der Presse möchten wir heute danken! Sie hat es nicht immer einfach und manchmal auch ziemlich komplizierte Diskussionen so zusammenzufassen, dass die Leser auch informiert werden, worüber die Ausschüsse und der Rat wieder beraten und diskutiert haben.

Unser Dank gilt allen Steuer- und Gebührenzählern, die uns diesen Haushalt erst ermöglichen. Danken möchten wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der Stadtkämmerei für die in weiten Teilen vorausschauende Haushaltsplanung.

Die Projekte und Entscheidungen zu diesem Haushalt, mit den getroffenen Beschlüssen trägt die SPD-Fraktion die Verantwortung für den finanziellen Rahmen des nächsten Jahres mit, trotz unserer Entscheidung werden wir aber auch in Zukunft eigene Akzente in die kommunalpolitische Diskussion einbringen – für eine positive und sichere Zukunft unserer Stadt.

Die SPD-Fraktion wird dennoch den Haushalt 2022 ablehnen und zwar aus den schon erwähnten Gründen:

- 1) Die für uns nicht tragbaren Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch die Erhöhung von Gebühren und Abgaben, die nicht erforderlich sind. Auch andere Kommunen verzichten auf diese Erhöhungen.
- 2) Im Bereich der Personalplanung werden Personalbedarfe für die falschen Abteilungen geplant. Es wäre wichtig, Abteilungen personell zu maximieren, die aufgrund der Ratsbeschlüsse gefordert sind, auch für die Umsetzung zu sorgen. Hier schieben wir seit Jahren immer wieder Projekte und Maßnahmen vor uns her. Dieses kann und will die SPD-Fraktion nicht akzeptieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!